



Radolfzell, den 15. Dezember 2017

Bildung ist Zukunftssicherung

Einschätzungen des GEB Kita zu den Passagen der Haushaltsrede 2018/2019, die Kitas betreffend

In seiner Rede zum Doppelhaushalt 2018-19 hat OB Staab dieser Tage einige markante Aussagen formuliert, die auch den Kita-Bereich betreffen. Allgemein begrüßen wir den Hinweis des OB auf die angemessene Ressourcenallokation, nämlich „die wesentlichen Dinge in der richtigen Reihenfolge zu tun“ (S. 4 des online verfügbaren Redemanuskriptes). Gleichwohl wird in der Haushaltsrede nicht ausdrücklich dargelegt, was denn vom OB als „wesentlich“ und was als „richtige Reihenfolge“ angesehen wird. Um dazu eine Diskussion in Radolfzell anzuregen, nimmt der Vorstand des GEB Kita in folgender Weise zur Haushaltsrede 2018/2019 Stellung.

OB Staab stellt die frühe Bildung in seiner Haushaltsrede wie keinen anderen Bereich als Kostenfaktor dar:

- Bildungs- und Erziehungsaufgaben seien bei abflachender Konjunktur kaum noch aufzufangen (vgl. S. 6),
- der Zuschussbedarf für Betreuung und Bildung sei nicht hinreichend durch Landesmittel kompensiert (vgl. S. 8f.),
- angesichts der fortzuführenden Kita-Bedarfsplanung könne nicht über eine Reduktion der Elternbeiträge gesprochen werden (vgl. S. 11),
- der Anteil der Elternbeiträge liege lediglich bei 10% der Gesamtkosten und könne „so nicht bleiben“ (vgl. S. 11).

Dazu nimmt der GEB Kita folgendermaßen Stellung:

1. Eine Kommune hat die Daseinsvorsorge als „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“ (Art. 28 GG) sicher zu stellen – dies gilt auch für Bildung. Bildung ist insofern kein zur Diskussion stehendes Luxusgut, sondern grundlegende Angelegenheit für Radolfzell. Das kostet Geld.
2. Trotz Stichworten von Bertelsmann-Stiftung und Städtetag (vgl. S. 5ff.) bedarf es eigener politischer Weichenstellungen in der Finanz- und Bildungspolitik der Stadt. Damit wurde bereits im Verlauf des Verfahrens step 2030 begonnen, die Erarbeitung des Bildungsberichts bietet weitere Grundlagen – und die immer noch ausstehende Grundsatzdiskussion des Gemeinderates kann eine solche Politik fundiert entwickeln. Erst *danach* sollten u.E. strukturelle und ökonomische Neuerungen festgelegt werden. Dieses Vorgehen hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 5. Dezember 2017 bestätigt, in der eine Gebührenerhöhung ausgesetzt und nochmals eine Grundsatzdiskussion beantragt wurde. Im Stadtentwicklungsplan sind zudem Projekte wie „Bau und Sanierung von Kindertageseinrichtungen“, „Bedarfsgerechte Anpassung der Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen“ und „Qualitätsentwicklungsverfahren für Kindertageseinrichtungen erarbeiten und

umsetzen“ enthalten (vgl. Broschüre „step 2030, Stadtentwicklungsplan der Stadt Radolfzell am Bodensee“, Stadtverwaltung Radolfzell (Hrsg.), Juni 2017, S. 88). Die hier erarbeiteten und festgehaltenen Aspekte könnten doch als Leitlinien für die zukünftige Entwicklung der Stadt dienen.

3. Erst nach dieser Grundsatzdiskussion kann der Gemeinderat darüber entscheiden, wie die Elternbeiträge verändert werden. Zum jetzigen Zeitpunkt kann wohl kaum davon ausgegangen werden, dass sie zwingend ansteigen müssten (so der Hinweis auf S. 11). Dieser Position ist der Gemeinderat in seiner Sitzung am 5.12.2017 gefolgt.
4. Derzeit lägen die Elternbeiträge bei 10% der Gesamtkosten, formuliert OB Staab (vgl. S. 11). Der GEB Kita hat letzten Sommer mit der Verwaltung Zahlen abgeglichen und ungleiche Berechnungsgrundlagen offen gelegt. Frau Hemmie sprach in der Mitgliederversammlung des GEB Kita am 9.11.2017 von einem Kostendeckungsgrad von aktuell 12,6 %.

Hinzu kommt, dass die 20%-Regel aus der Perspektive der Interessenvertretung der Kostenträger formuliert wurde; folglich sind weitere Perspektiven (der Eltern, der Öffentlichkeit, ggf. der Wirtschaft etc.) zu ergänzen – und verändern womöglich die politisch gewollte Höhe nochmals. Dass dies in anderen Städten Baden-Württembergs z.T. zu einer völligen Streichung der Elternbeiträge geführt hat, haben wir bereits in unserem Argumentationspapier vom 9.11.2017 dargelegt. Dort haben wir auch gezeigt, dass Radolfzell im Vergleich mit den Nachbarstädten bereits im oberen Kostenbereich liegt.

5. Die Grafik „Kindergärten anderer Träger“ (s. Redemanuskript S. 10) vermittelt den Eindruck, dass die freien Träger maßgeblich für die hohen Kosten der Kinderbetreuung verantwortlich seien. Hier wünschen wir uns mehr Genauigkeit und Transparenz, denn die freien Träger leisten einen wesentlichen Beitrag dazu, dass die Stadt Radolfzell ihrer Aufgabe nachkommt, Familien Betreuungsplätze für ihre Kinder zur Verfügung zu stellen. Die städtischen Einrichtungen allein könnten den gesetzlichen Vorgaben bzw. dem Elternbedarf hier nicht gerecht werden. Daher halten wir es für wichtig, Kosten und Qualität von Kinderbetreuung insgesamt, also für städtische und freie Träger, gemeinsam zu betrachten.
6. Keine Neubaumaßnahmen im Kita-Bereich vorzusehen (vgl. S. 33), entspricht keineswegs dem Bedarf der Radolfzeller Familien. Hier muss – gerade auch auf die vom OB so sichtlich betonte Zukunft hin (vgl. S. 1) – deutlich mehr (und deutlich mehr Verschiedenes) auf Angebotsseite entwickelt werden. Angesichts des Rechtsanspruchs auf Betreuung ab der Vollendung des ersten Lebensjahres (vgl. § 24 Abs. 2 und 3 SGB VIII) ist auch dies nicht von der Kassenlage einer Kommune abhängig zu machen. Es gibt bereits seit Jahren immer wieder Familien, die trotz Rechtsanspruchs keinen Betreuungsplatz für ihre Kinder erhalten. Diese Situation wird sich unserer Einschätzung nach durch Neubaumaßnahmen und weitere Zuzüge nochmals verschärfen.

Hinzu kommt die im folgenden Absatz der erwähnten Rechtsnorm ausgewiesene Tageseinrichtung für schulpflichtige Kinder; auf die Notwendigkeit einer Hort-Betreuung hat der GEB Kita im o.g. Argumentationspapier bereits aufmerksam gemacht.

7. So manche finanziellen Ressourcen lassen sich offenkundig stringenter einsetzen:
 - a) OB Staab macht Versäumnisse auf der Ausgabenseite deutlich (dies müsse bezüglich städtischer Planungsprojekte „auf jeden Fall ein 7-stelliger Betrag sein“; S. 34). Wir unterstützen seinen Wunsch – nicht nur im Interesse der Familien –, in diesem Zusammenhang signifikant nachzubessern.
 - b) Im Bereich der Digitalisierung der Schulen hat Bundesbildungsministerin Wanka 5 Milliarden Euro Fördergelder über 5 Jahre in Aussicht gestellt. Es ist

zu hoffen, dass die neue Bundesregierung an diesem Plan festhält und die Landesregierung diesen Eingriff in die Kulturhoheit der Länder zulässt (vgl. Rede von Frau Dr. Eisenmann im Landtag, 22.03.2017, Redemanuskript S. 1590). Das wären deutschlandweit 125.000€ pro Schule, die der Stadt Radolfzell hoffentlich bald für diese Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Die im Haushalt eingeplanten 300.000€ könnten dann anderweitig eingeplant oder eingespart werden.

8. Schließlich ist der Ausbau des Bereichs, den OB Staab als „verlässliche Grundschule“ überschreibt (vgl. S. 24), auch unter qualitativer Hinsicht zu prüfen. Es kann auch hier im Hinblick auf Betreuung und Bildung nicht allein um eine mengenmäßige Erweiterung gehen.

(Auf weitere, für Familien in Radolfzell hoch relevante Gesichtspunkte wie die Versorgung mit Wohnraum können wir hier nicht weiter eingehen. Doch auch dazu wären kritische Anmerkungen zur Haushaltsrede zu formulieren.)

Sich also bei der Suche nach Einsparposten so intensiv auf den Bereich der frühen Bildung zu konzentrieren, wie dies in der Haushaltsrede geschieht, ist keineswegs zwingend. Vielmehr zeigt sich, dass Bildungspolitik nicht losgelöst von den anderen Feldern der Kommunalpolitik gesehen werden kann – und insofern sämtliche Themen (und ihre Kosten) zu reflektieren sind, wenn Kita-Gebühren, Schulbausanierungen oder die nachträgliche Anpassung von Bildungsplätzen an den aktuellen Bedarf diskutiert werden. Insofern lehnt es der Vorstand des GEB Kita ab, die Positionen der Kitas gegen die allgemeine Kassenlage der Stadt oder andere soziale Gruppen in der Stadt auszuspielen – Radolfzell kann „die familienfreundliche Stadt am Bodensee“ nur werden, wenn sie allen hier lebenden Menschen die angemessenen Formen der Daseinsvorsorge bereitstellt. Wie dies im Einzelnen aussieht, muss der Gemeinderat entscheiden – sich dabei in so exklusiver Form auf die frühe Bildung zu verlegen, wie dies OB Staab in seiner Haushaltsrede tat, ist mindestens „zu kurz gegriffen“. Eine künftige Radolfzeller Kommunalpolitik für *alle*, die in der Stadt leben, sollte dialogischer entwickelt und ausgewogener realisiert werden.